

# Pressespiegel = Reflets de presse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **69 (1978)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

**Schlechter Strom in Kassel?**

Wie früher schon besprochen und von Ihnen auch zugegeben, ist der Strom in meiner Wohngegend zu schwach. Ich merke das zum Beispiel an meinem elektrischen Rasierapparat. Wenn ich auf Reisen bin, also unter wesentlich besseren Stromverhältnissen, geht der Apparat wesentlich besser. Soweit ich orientiert bin, werden vom Zähler die Ampere gemessen. Deshalb liefern Sie immer nur Ampere, denn die muss ich bezahlen. Sie versäumten es aber, auch Volt zu liefern. Wenn Sie keine Volt mehr liefern, zahle ich zu viel für die Kilowattstunde.

Ich bitte Sie, mir künftig einen Strom von tadelloser Qualität zu liefern. Es gibt Zeiten, da braucht meine Frau die doppelte Zeit, um eine Speise fertigzustellen.

*Beschwerdebrief an die Städtischen Werke AG Kassel*

*«Zeitung für kommunale Wirtschaft», München, 14. April 1978*

**Aarauer Stadtgeflüster**

Es ist bald nicht mehr wahr: Am letzten Osterwochenende streikelten einige hundert Kernkraftwerkgegner im Aarauer Schachen. Weil es am Abend kühl und dunkel wurde, stellten die Organisatoren ein Gesuch an die Industriellen Betriebe der Stadt Aarau, im Zelt Licht und eine Heizung zu installieren. Beim EWA machte man sich Gedanken über diese Stromlieferung und setzte nach reiflicher Überlegung folgenden Satz unter die Bestätigung des Auftragseinganges: «Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Versorgungsgebiet der Stadt Aarau mit demjenigen der Nordostschweizerischen Kraftwerke NOK verknüpft ist und demzufolge der Strom für den bestellten Anschluss sowohl aus Wasserkraftwerken wie auch aus dem Kernkraftwerk Beznau der NOK kommt.» Und die frierenden KKW-Gegner unterschrieben diesen «Tatbestand» ohne mit der Wimper zu zucken und bezogen vier Tage lang atomaren Strom. Aber, aber!

*«Aargauer Tagblatt», Aarau, 25. April 1978*

**Sture Initianten**

Das Initiativkomitee der «Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» hat an einer Pressekonferenz in Bern zur Teilrevision des Atomgesetzes Stellung genommen. Bei aller «Anerkennung» der vom Nationalrat geleisteten Arbeit betrachtet es die beschlossene Revision als ungenügend und hält an der Initiative, die praktisch jeden weiteren Kernkraftwerkbau in unserem Lande verhindert, fest.

Mk. Den Kernkraftwerkgegnern – für die der Basler Grossrat Alexander Euler und die Genfer Nationalrätin Monique Bauer sprachen – gefallen im revidierten Gesetz lediglich das Vetorecht der Bundesversammlung, die Veröffentlichung von Vernehmlassungen und Gutachten sowie der Stilllegungsfonds für Atomanlagen. Alles andere ist für sie ungenügend. Sie halten an ihrer «regionalisierenden Demokratisierung» fest und fordern die unbeschränkte Kausalhaftpflicht. Ferner, behaupten sie, dass «der unbedingte Vorrang der Sicherheit von Mensch und Umwelt» nicht oder nur ungenügend berücksichtigt sei. «Am schwächsten» – so Grossrat Euler – sei das Übergangsrecht ausgefallen, das für die geplanten Werke Kaiseraugst, Graben und Verbois gilt. Gar nicht befreunden können sich die Kernkraftwerkgegner mit der Tatsache, dass die bestehenden Werke Beznau und Mühleberg sowie die im Bau befindlichen Gösgen und Leibstadt von der Gesetzesrevision «nicht erfasst» werden. Sie betrachten die Entsor-

gung als die «Sorge Nummer eins», kritisieren aber im gleichen Atemzug das vorgesehene Enteignungsrecht des Bundes, wenn es um die Schaffung von Lagerstätten radioaktiver Abfälle geht. Aus allen diesen Gründen halten die Initianten an ihrer Initiative fest: «Das Initiativkomitee wird sich deshalb für die Annahme der Atominitiative durch das Schweizervolk einsetzen.»

Nun sind bekanntlich die Bestimmungen dieser Initiative derart restriktiv, dass praktisch keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden könnten und bestehende oder vor der Vollendung stehende gefährdet würden. Weil es den Initianten letztlich um solche Forderungen und nicht um einen kontrollierten, verantwortbaren Ausbau der notwendigen Energieerzeugung aus Kernkraftwerken geht, ist von ihnen eine Zustimmung zur Atomgesetzrevision nie zu erwarten, es sei denn, das Gesetz wäre – ähnlich wie die Initiative – ein totales «Verbotsgesetz». Aber derart unverantwortlich können weder Landesregierung noch Parlament politisieren, höchstens sture Initianten ...

*«Badener Tagblatt», Baden, 29. April 1978*



Rund ein Fünftel der Stromversorgung wird durch Kernkraftwerke gedeckt. (Februar 1977: Von insgesamt 3081 Millionen kWh betrug der Anteil der Kernenergie 686 Millionen kWh.)

*«Nebelspalter», Rorschach, 4. April 1978*

**Eine deutliche Warnung**

Es hat wenig genützt, dass sich kürzlich im Nationalrat Befürworter und Gegner einer friedlichen Nutzung der Kernenergie bei der Revision des Atomgesetzes einstimmig auf einen Kompromiss einigten, der allgemein als eine sachlich und politisch kluge Leistung des Parlaments gewürdigt wurde. Die hinter der Atominitiative stehenden Kreise haben trotzdem keinen Augenblick daran gedacht, ihr rechtlich und energiepolitisch gleichermassen bedenkliches Volksbegehren zurückzuziehen.

Wenn wir Laien an Kernkraftwerke denken, stellen wir unwillkürlich eine Gedankenverbindung zur Atombombe her. Es ist denn auch hauptsächlich dieser Reflex, der die gegenwärtige Auseinandersetzung emotionell derart stark belastet. Auf der technisch-wissenschaftlichen Ebene sind es ohnehin nur verhältnismässig wenige, die sich in den komplizierten Zusammenhängen auskennen.

Einer von ihnen dürfte der sowjetische Atomphysiker und Bürgerrechtskämpfer Andrej D. Sacharow sein, der als mass-

gebender Konstrukteur der russischen Wasserstoffbombe gilt. Er lebt nach wie vor in Moskau, obwohl er wegen seines mutigen Eintretens für die Demokratie und die Menschenrechte in der Sowjetunion vom Geheimdienst ständig überwacht und in seiner Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt ist. Gleichwohl gelang es dem 1975 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Sacharow dieser Tage, in der «NZZ» einen Artikel erscheinen zu lassen, in dem er sich mit der im Westen inszenierten Kampagne gegen die Kernkraftwerke befasst. Sacharow erklärt rundweg, dass die heutigen Kernkraftwerke und die in Entwicklung befindlichen schnellen Brüter ungleich sicherer und umweltfreundlicher als die mit Erdöl oder Kohle betriebenen Kraftwerke seien, bei denen die echte Gefahr und der wirkliche Schaden für die Biosphäre und für den Menschen liege.

In der aufsehenerregenden Stellungnahme Sacharows werden aber nicht nur technisch falsche Behauptungen richtiggestellt, sondern es wird auch auf einen Umstand aufmerksam gemacht, der bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Sacharow sagt nämlich mit aller Deutlichkeit, dass die Entwicklung der Kernenergie eine der unerlässlichen Bedingungen für die Erhaltung wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit darstelle, wobei die Bedeutung für die westeuropäischen Länder und für Japan besonders gross sei. Schon vor mehr als zwanzig Jahren habe die sowjetische Nahostpolitik auf den damaligen ägyptischen Präsidenten Nasser mit dem Ziel eingewirkt, einen Erdölmangel in Westeuropa zu verursachen. Mittlerweile sei die Situation zwar komplizierter und facettenreicher geworden, aber «zweifellos ist die Sowjetunion nach wie vor daran interessiert, von den Energieschwierigkeiten des Westens zu profitieren».

Man wird diese warnenden Worte denen ins Stammbuch schreiben müssen, die nach wie vor an der naiven Vorstellung festhalten, die gegenwärtige Kampagne habe mit Politik nichts zu tun.

Heinz Dutli

«Schweiz. Bodensee-Zeitung», Arbon, 1. Mai 1978

### Récupérer la chaleur

L'opinion publique n'en finit pas d'être déconcertée par les paradoxes de notre époque.

Nous avons des chômeurs d'un côté, tandis que l'on désespère d'un autre de ne pas parvenir à trouver de la main-d'œuvre et que l'on parle de recourir à nouveau aux travailleurs étrangers.

On consomme passablement de mazout pour chauffer des locaux et diverses installations alors qu'en divers autres lieux dans le pays, on se casse la tête sur des problèmes de refroidissement!

Spécialistes en la matière, les maraîchers genevois grillent des tonnes de pétrole pour produire, sous serre, des salades d'hiver qui sont offertes sur les marchés pour trois à cinq fois leur prix habituel.

Mais nos centrales thermiques, nucléaires et d'autres unités industrielles s'affublent de tours de réfrigération peu esthétiques et susceptibles de modifier les micro-climats alentour, en rejetant tout de même dans les rivières ou fleuves des eaux d'une température encore trop élevée pour les truites qui s'enfuient.

Sait-on précisément qu'il existe une Commission fédérale des rejets de chaleur? Et qu'elle ne se contente pas de philosopher sur la question?

En effet, tirant notamment parti d'expériences étrangères dont on parle beaucoup, cette commission préside, avec différents organismes intéressés, à des expériences bien helvétiques, dont on peut attendre beaucoup et peu de choses à la fois.

Beaucoup, parce que les rejets de chaleur devraient, étant donné leur importance, aider à résoudre certains problèmes... brûlants: le chauffage à distance, la culture et l'élevage particulièrement. Peu, parce que la question pose des problèmes techniques qui échappent au commun des mortels.

Ainsi, à Wädenswil, des essais sont conduits depuis quelques mois afin d'étudier l'emploi des rejets de chaleur dans la pratique pour certaines cultures – essentiellement maraîchères précisément – et pour l'élevage de certains poissons – comme les carpes et les anguilles.

Une première approche a permis de mettre en évidence que les serres classiques chauffées représentaient un gaspillage d'énergie considérable: l'air y est chaud, mais le sol demeure froid, alors que le contraire serait plus souhaitable. On est donc en train d'imaginer de nouveaux types de serres plus économiques.

On est naturellement loin du rêve qui consisterait à se représenter nos usines et centrales noyées dans des parcs verdoyants et entourées de luxuriantes cultures tropicales. Mais il est bon de savoir, même si ces travaux ne disposent pas d'une vaste publicité, que l'on tente de passer de la théorie à la pratique.

Claude Manzoni

«Journal d'Yverdon», Yverdon, le 1<sup>er</sup> mai 1978

### Nucléaire: compter les voix

A l'époque où, dans ce journal, nous avons ouvert nos colonnes à un grand débat sur l'énergie nucléaire, les ingénieurs et les chercheurs atomistes proposaient des réponses à tout, sauf à une question, celle des déchets radioactifs.

Un voyage récent à La Hague (où les Français ont une usine de retraitement de combustible irradié) et à Marcoule, nous a convaincu que cette difficulté, dont jadis les spécialistes renvoyaient la solution à un avenir nébuleux, a été, sous la pression de l'opinion publique notamment, étudiée enfin de manière systématique et, dans les limites de risques propres à l'ensemble de l'industrie nucléaire, techniquement résolue.

Le procédé – qui sera notamment appliqué par les centrales nucléaires suisses, lesquelles viennent de signer un contrat de retraitement avec La Hague – sera le suivant: le combustible usé des centrales sera stocké par elles sur place pendant quelques années, puis transporté à La Hague où il sera traité chimiquement. L'uranium et le plutonium encore dans le combustible seront séparés et recyclés; quant aux «produits de fission» restant (les vrais déchets, de haute radioactivité), ils seront à nouveau stockés quelques années en piscine pour refroidissement, puis desséchés et mélangés à de la fritte de verre; ce mélange sera fondu et formera un verre noir très épais, totalement stable, de faible volume, qui remplira des fûts métalliques, lesquels seront à leur tour stockés sur place quelques années pour nouveau refroidissement, puis enfin renvoyés au pays producteur pour stockage définitif.

Ce stockage, en Suisse, se fera soit dans des mines de sel, soit dans des trous étroits forés dans le granit jusqu'à 2000 m de profondeur, qui seront bétonnés, puis abandonnés pour l'éternité, sans surveillance.

Voilà pour la technique. Cependant, il est évident que, depuis longtemps, la dispute n'est plus technique. Il existe, entre les ingénieurs et les savants d'un côté, une partie de l'opinion publique de l'autre, un fossé profond. Les premiers, sûrs de leurs conclusions, s'exaspèrent de bonne foi contre la seconde, qui est, aujourd'hui, dans la disposition de douter de tout.

Au point que la question n'est plus de savoir si la vérité est d'un côté ou de l'autre (qui d'ailleurs pourra jamais départager les adversaires alors que le problème du nucléaire est tout à la fois philosophique, politique, moral, économique, technique, social, financier, stratégique?) mais ce que l'on va faire.

Il nous semble en effet malsain de continuer à mettre en doute à chaque instant la compétence, l'honnêteté et le sens civique des personnes qui, dans notre société, ont été chargées de produire l'énergie dont nous sommes voraces. Inversement il nous paraît inadmissible que nombre de ces mêmes techniciens et savants continuent à traiter les citoyens qui, en dernière analyse, les ont mandés, comme des gamins irresponsables et ignorants, qu'il s'agit de rassurer, de cajoler ou, le cas échéant, de forcer.

Cette petite guerre, en effet, avec ses actes de bravoures, ses aveuglements, ses trahisons, ses haines aussi, finira, si l'on n'y prend garde, par mettre en péril la solidité même de notre pays. Il serait impardonnable d'en sous-estimer le danger, de n'y voir que dispute politique classique, qu'affrontement banal entre marginalité bruyante et majorité silencieuse.

Notre pays a connu d'autres situations où la raison seule, la connaissance des faits, n'ont pas suffi à déterminer automatiquement le chemin qu'il devait suivre. Aujourd'hui, nous voici de

nouveau confrontés, dans le domaine nucléaire, à une situation sans solution purement rationnelle. Il faut donc que chacun de nous interroge son sens commun, sa sensibilité, son instinct; et que nous recourions alors à cette bonne vieille méthode qui permet d'arriver à une décision même si l'on ne sait pas quoi décider: le comptage des voix.

Peut-être la raison n'y trouvera-t-elle pas son compte, mais qu'importe, dans la mesure où notre pays y retrouvera son unité.

Claude Monnier

«Gazette de Lausanne», Lausanne  
et «Journal de Genève», Genève, le 6 mai 1978

### Missbrauchte Tierfreunde

In lobenswerter Weise bemüht sich der WWF um die Erhaltung bedrohter Tierarten und sammelt Geld für Rettungsaktionen. Dass aber der WWF Schweiz mindestens einen Teil der Erträge seiner Mitglieder aus Beiträgen und Spenden für eine Antikernkraftwerk-Kampagne verwendet, ist ein grober Missbrauch und entspricht nicht dem Willen vieler Mitglieder. Solches widerspricht auch der Zweckbestimmung des Vereins.

Vielleicht waren viele Besucher des WWF-Festes «für ds Läbe» in Bern erstaunt, dass das Programm durchgesetzt war von Propaganda gegen Kernkraftwerke, die ja nicht in unmittelbarer Beziehung zur Sache stehen. Vielleicht fühlen sich auch viele Festbesucher hintergangen, indem man die sicherlich guten Emotionen zur Rettung der bedrohten Meeresbewohner zweckentfremdete und sie in eine Antienergie-Kampagne umzuwandeln versuchte. 700 000 unterschrieben für die Erhaltung der Wale. Bestimmt hätten nicht alle 700 000 ihre Unterschrift für eine Anti-Atomenergie-Kampagne hergegeben. Besonders am Bärengraben war es schlimm. Dort überwog die Propaganda gegen die Kernkraftwerke bei weitem die Werbung für die Erhaltung der Wale. Soweit uns bekannt ist, kennt der WWF weltweit keine Aktionen gegen die Kernenergie. Nur die Sektionen Schweiz und Deutschland machen sich für eine Anti-Kernenergie-Kampagne stark. Es scheint, als sitzen in diesen beiden Landesektionen Leute an massgebender Stelle, die ihre Position missbrauchen und Ziele verfolgen, die nicht von allen Tierfreunden gutgeheissen werden.

AGA Aktion gegen Atomenergie-Gegner

«Der Bund», Bern, 11. Mai 1978

### Schulfrei für Anti-KKW-Demonstration

Der Gemeinderat von Bex VD will das von der Anti-Kernkraftwerk-Bewegung des Chablais geplante Fest vom 10. Juni unterstützen. Den Schulkindern soll freigegeben werden, damit auch sie an der Veranstaltung gegen eine Atommüll-Deponie teilnehmen können, sofern es die Eltern erlauben.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 9. Mai 1978

### Romantik gegen Kerntechnik?

Das Phänomen Technik hat in jüngster Vergangenheit von uns und unserem Lebensraum zunehmend Besitz ergriffen. Es ist deshalb keineswegs unbegreiflich, dass viele Zeitgenossen den – für heutige Begriffe höchst romantischen – Zeiten der Väter nachsinnieren. Unbegreiflich ist jedoch, dass sie meist die naive Illusion hegen, nur die alten Zeiten seien wirklich gute gewesen. Ein Flugblatt von Kernkraftwerkgegnern stellte fest: «Wir verbrauchen heute pro Person durchschnittlich doppelt soviel Energie wie vor 10 Jahren» und hängte daran die Frage: «Sind wir deshalb doppelt so glücklich und doppelt so frei?» – Gegenfrage: War «man» früher tatsächlich glücklicher?

Zu diesem Thema hat sich auch Prof. Dr. W. Winkler anlässlich der Feier zum 100-Jahr-Jubiläum der Sektion Aargau des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins sehr treffend geäußert: «... Mit heimlicher Freude geniesse ich es jeweilen, wenn ich zuhören darf, wie die Leute, wenn sie von der vortechnischen Zeit schwärmen, sich selbst stets als Angehörige der nur wenige Prozent umfassenden Aristokratie betrachten. Sie sehen sich in der Agora von Athen den Worten Sokrates' lauschend, sie diskutieren im Senat von Rom mit Cicero oder reiten, falls sie etwas Soldatenblut in ihren Adern verspüren, als Ritter durch die Zeit Karls des Grossen. Niemals sehen sie sich als Sklaven, niemals als Untertanen; aber genau das wären, wie die Statistik zeigt, mindestens 90 Prozent von ihnen gewesen.»

Das ist es in erster Linie, was den aufmerksamen Beobachter von Anti-AKW-Aktionen, wie zum Beispiel Pfingstmärschen, nachdenklich stimmt: hätten dieselben Leute wohl unter Nero oder Napoleon Freiheit, Zeit und Lust gehabt, romantischen Idealen nachzuleben? Kaum, denn damals standen noch keine Energiesklaven zur Verfügung, die ihnen ihre Arbeit erleichterten. Die «gute alte Zeit» war an Kriegen, Krisen und Elend nicht gerade arm, und dass der Einzelne mangels Fernkabel wenig darüber zu wissen bekam, macht sie um keinen Deut besser.

Die Kerntechnik mag etwas Kompliziertes, Undurchsichtiges, nicht mehr für alle Fassbares sein – aber dass sie deshalb gleich als ungeheuerlich und menschenfeindlich empfunden werden muss, ist nicht logisch. Wir sollten uns davor hüten, die Kerntechnik zum Sündenbock für das technische Zeitalter zu machen, dem wir unermesslich viel an sozialer Wohlfahrt verdanken. Wir müssen einsehen, dass es die «gute alte Zeit» nie gegeben hat; sie ist nur eine romantische Fiktion, die erst im nachhinein und für spätere Generationen existiert. Das ist eine von jenen Tatsachen, woran auch die Teilnehmer an Pfingstmärschen nichts ändern können. Das Mass an Wohlstand kann ohne weiteres verändert, das heisst zum Verschwinden gebracht werden – zum Schaden der Mehrheit und zugunsten einiger weniger. Ob man diesen Zustand als Technofaschismus oder als Technokommunismus bezeichnen will, ist dann höchstens noch eine Geschmacksfrage.

B. Péteut

Leserbrief aus der «Neuen Zürcher Zeitung», Zürich, 26. Mai 1978